



Mehr frisches Geld für Thüringer Kommunen

Rot-Rot-Grün legt beim Unterstützungspaket mit 24,4 Millionen Euro nach

In der Koalitionsarbeitskreisberatung mit den Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der haushalts- und kommunalpolitischen Sprecher sowie der Thüringer Finanzministerin, Heike Taubert, und dem Thüringer Innenminister, Holger Poppenhäger, haben sich am 27. März die Koalitionspartner darauf geeinigt, dass die Thüringer Kommunen im Jahr 2015 zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung zu den bisher zugesagten Geldern weitere 24,4 Millionen Euro aus Landesmitteln erhalten sollen. So können die Kommunen in diesem Jahr mit 102,4 Millionen Euro „frischem“ Geld aus Landesmitteln rechnen.

„In Auswertung der schriftlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 haben wir uns zu diesem Schritt entschieden und bereiten nun den dazu notwendigen Antrag für das Gesetzgebungsverfahren vor“, kündigte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, an.

Matthias Hey, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ergänzte: „Die Koalitionsfraktionen waren sich einig, insbesondere Investitionen zu fördern, weshalb die zugesagten Investitionspauschalen für Städte und Gemeinden und die Schulträgerkommunen noch etwas aufgestockt wurden. Gleichzeitig wird deren

Verwendung aber flexibler gestaltet, damit auch klamme Gemeinden das Geld nutzen können.“

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Dirk Adams, betonte: „Die zusätzlichen Hilfen des Landes sind durch Entnahmen aus der Rücklage und durch Steuermehreinnahmen des Landes solide finanziert. Das Wichtigste ist, dass die Kommunen mit der Änderung auch zusätzliche Mittel für ihren Verwaltungshaushalt bekommen können.“

Folgende Ergänzungen erfährt das kommunale Finanzpaket der rot-rot-grünen Koalition:

Die Gesamtmittel, die für die zusätzliche Investitionspauschale für die Städte und Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellt werden, sollen von 30 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro ansteigen. Damit erhöht sich die je Einwohner zu zahlende Investitionspauschale von 13,88 Euro auf nunmehr 18,51 Euro.

Zudem wird auf Anregung des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes die Verwendung der Mittel flexibler gestaltet. Die geplante Schulinvestitionspauschale wird um sechs Millionen Euro auf 36 Millionen Euro angehoben. Von ihr profitieren insbesondere die Landkreise und die kreisfreien Städte.

Im Jahr 2015 werden zu den von der schwarz-roten Koalition bereits zugesagten 30 Millionen Euro für ergänzende Bedarfszuweisungen für Haushalts-

notlagegemeinden 18 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird das Land die hundertprozentige Kofinanzierung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes sicherstellen. Dafür werden ca. 8,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen stellt die rot-rot-grüne Landesregierung den Kommunen im Jahr 2015 insgesamt 102,4 Millionen Euro aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung.

Hinzu kommt die anrechnungsfreie Durchreichung von Bundesmitteln in Höhe von 41 Millionen Euro.

Zudem sichert die rot-rot-grüne Koalition die vollständige Auszahlung der von der Vorgängerregierung für das Jahr 2015 bereits zugesicherten Hilfen in Höhe von 43 Millionen Euro.

Die kommunale Finanzausgleichsmasse erhöht sich durch das Wirken des Partnerschaftsgrundsatzes im Jahr 2015 um 14 Millionen Euro.

Laut Steuerschätzung vom November 2014 können die Thüringer Kommunen in diesem Jahr außerdem mit Steuermehreinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro rechnen.

Zu guter Letzt hilft auch das von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene kommunale Investitionspaket den Thüringer Kommunen. 75,8 Millionen Euro Bundesmittel werden hier für die Jahre 2015 bis 2018 erwartet. Ein Teil davon wird bereits 2015 an die Thüringer Kommunen fließen.

KOMMENTIERT:

von Steffen Dittes

Sicherheitsbetrachtung

Die kürzlich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik dokumentiert, dass die tatsächlich in Thüringen erlebte öffentliche Sicherheit oftmals im Widerspruch zum Sicherheitsempfinden von Menschen steht.

Anstatt mit dem Unsicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu spielen, wie dies die CDU jüngst wieder im Thüringer Landtag demonstrierte, hat Politik die Aufgabe, auch weiterhin die Strukturen der Polizei zu sichern, die flächendeckend, bürgerah und verhältnismäßig notwendige Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit sind. Die im Jahr 2012 vollzogene Polizeistrukturenreform, die vielfach das Gefühl mangelnder polizeilicher Präsenz in den Flächenkreisen zur Folge hatte, muss überprüft werden.

Zur politischen Auseinandersetzung gehört aber auch, rassistisch aufgeladenen Vorurteilen entgegenzutreten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die immer wieder vorgebrachte Behauptung, dass sich durch die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen angeblich die Kriminalität erhöhe.

Die in der Statistik der politisch motivierten Straftaten festgestellte Zunahme, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkampfaktivitäten und Aufmärschen neonazistischer Gruppen und Organisationen sowie daraus entstandener Konfrontationen, darf nicht verdecken, dass mittels neonazistischer Strukturen auch weiterhin in hohem Maße zur Verbreitung und Durchsetzung menschenverachtender Ideologie Straftaten begangen werden. Mit 1.060 Straftaten werden der extremen Rechten mehr als dreimal so viele Straftaten zugeordnet wie dem sogenannten Phänomenbereich Links.

Es wird auch weiterhin darauf ankommen, extrem rechten und rassistischen Einstellungen den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen, weil diese die Voraussetzung für strafrechtlich relevante Taten bilden. Insofern ist die von der rot-rot-grünen Koalition verabredete Neuausrichtung des Landesprogrammes zur verstärkten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus nicht in Frage zu stellen.

Steffen Dittes ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

AKTUELL Abgleiten in Hooliganszene verhindern

Zur angekündigten Hooligan-Demonstration in Erfurt hat die Landesregierung auf Anfrage von Katharina König mitgeteilt, dass für den ursprünglich am 15. März (neues Anmeldedatum 2. Mai) geplanten Aufmarsch 1.000 Teilnehmer aus dem Hooligan- und Neonazi-Spektrum erwartet worden waren. Die LINKE-Abgeordnete verweist darauf, dass bei den in Saalfeld und Erfurt am Vortag (1. Mai) geplanten Neonazi-Märschen auch mehrere hundert Teilnehmer realistisch seien.

Zur Arbeit der Fanprojekte habe die Landesregierung betont, dass sie „der Stärkung des Sports in Thüringen gegen ein Eindringen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sowie der Abwehr von Gewalttätigkeiten bei

Sportveranstaltungen eine hohe Bedeutung“ zuschreibe. Fanprojekte werden in die präventive Sicherheitsarbeit einbezogen und stellen nicht nur für die Vereine, sondern auch für die Polizei- und Ordnungsbehörden ein wichtiges Bindeglied dar. So helfen sie „überhaupt erst, die Fans vor einem Abgleiten in gewaltbereite Spektren, wie die Hooliganszene und Neonaziszene, zu bewahren“ und wirken durch „klare Distanzierungen von gewalttätigen, rassistischen und ausländerfeindlichen Aktionen“ als wichtiger Bestandteil präventiver Jugend- und Sozialarbeit im Umfeld des Fußballs, so das Thüringer Innenministerium.

Die LINKE-Abgeordnete unterstreicht die gute Arbeit der Fanprojekte, insbesondere in Jena, wo das Projekt seit fast 25 Jahren besteht. „Wie im Ko-

alitionsvertrag festgeschrieben, unterstützen wir Projekte zur Förderung gewaltfreien und interkulturellen Fußballs und wollen die diskriminierungsfreie Fankultur stärken.“

Klare Positionierungen von Fußball- und Fanprojekten gegen Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit seien ein wichtiger Schritt, extrem rechten Fan- und Hooligangruppen das Wasser abzugraben und eine Einflussnahme von Neonazis im Sportbereich abzuwehren. Dass entsprechende Distanzierungen nach wie vor nötig seien, zeige auch der jüngst bekannt gewordene Fall des stellvertretenden Erfurter NPD-Chefs, der Mitglied bei Rot-Weiß-Erfurt (RWE) ist und montags bei „Thügida“ zusammen mit rechten Hooligans und Neonazis demonstriert.